

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 4

Rubrik: Echo

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«DER WOHLFAHRTSSTAAT UND SEINE ARBEITSLOSEN»

Zu *Robert Nefs Editorial* (Februarheft 1998)

Sie fordern zu einer Ausinandersetzung mit diesem vielschichtigen Problem der Arbeitslosigkeit auf – dem kann ich nur zustimmen. Sie schreiben, dass wir eigentlich alle Arbeitnehmer sind, dies mag auch stimmen. Nur auf diese zwei Punkte möchte ich knapp eingehen:

Erstens: Obwohl Sie zur Auseinandersetzung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit anregen und darauf hinweisen, dass sich namhafte Persönlichkeiten darüber äussern, haben Sie bereits die Lösung des Problems. Denn – wie Sie schreiben – «den Staat braucht es dazu nicht, wohl aber Phantasie, Einfühlungsvermögen und Risikobereitschaft». Fragen Sie sich bitte nur eines: Welche Sicherheit hätten die Millionen von Arbeitslosen in Europa, hätten sie keinen Staat, der ihnen eine Existenz sichert? Wie einfach ist es doch zu fordern, wir bräuchten keinen Staat.

Zweitens: Es ist nun interessant zu fragen, wer dies fordert. Die Antwort ist leicht, denn Sie sind es, der das fordert, aber: Fragen Sie doch einmal einen Arbeitslosen, ob er das auch fordern würde. Und: Es mögen schon alle Arbeitnehmer sein, aber alle über den gleichen Leisten schlagen zu wollen, ist doch gar einfach – es ist auch ungerecht: Sie kennen ja die Unterschiede vom Status, vom Einkommen, von der Ausbildung her. Ich vermute beinahe, dass Sie einen Status haben, der Sie so weit von den Problemen einfacher Menschen entfernt hat, dass Sie deren Schwierigkeiten gar nicht mehr verstehen können und deshalb so etwas Leichtfertiges schreiben.

Die Textbeiträge habe ich noch nicht gelesen, doch hat mir Ihre Einleitung die Zuversicht genommen, dass ich auf neue Ideen stossen werde, wie mit der Arbeitslosigkeit besser umgegangen werden könnte.

Ich glaube an die geistige und emotionale Fähigkeit und Kompetenz des Menschen. Ihm möchte ich es überlassen zu entscheiden, welche Wege wir finden, um gut miteinander leben zu können, um Probleme im sozialen Bereich, in der Umwelt und die des Bevölkerungswachstums lösen zu können. Die Lösung dieser komplexen Situationen der unsichtbaren Hand des Marktes zu überlassen, scheint mir die Delegation der Verantwortlichkeit an irgend etwas Irrationales zu sein. ♦

Sandro Monti

Replik:

Mit Sandro Monti bin ich der Auffassung, dass ein sofortiger totaler Rückzug des Staates aus der sozialstaatlichen Gewährleistung von Sicherheit in Europa zu unhaltbaren Zuständen führen müsste! Das Problem, das ich in meinem Editorial anschneide, ist die Tatsache, dass der Staat zwar für eine beschränkte Zahl von Arbeitslosen durchaus Überbrückungshilfen finanzieren kann und auch soll, dass er aber – unabhängig vom politischen und wirtschaftlichen System – auf die Dauer keine Arbeitsplätze *schaffen kann*. Bezahlte Arbeit ist letztlich immer auf echte Produktivität angewiesen, die sich auf eine tatsächliche Nachfrage abstützen muss. Diese Zusammenhänge kann kein Staat der Welt auf Dauer ausser Kraft setzen.

Es ist vor der Illusion zu warnen, die Menschen könnten sich darauf verlassen, dass eine dauerhaft finanzierte nationale oder europäische Problemlösungsmaschinerie existiert, welche ihnen die Sorge abnimmt, den Lebensunterhalt aus eigener Anstrengung zu verdienen. Produktive Arbeit gibt es in einer technisch-zivilisierten arbeitsteiligen Gesellschaft – unabhängig vom politischen System – letztlich nur in einer auf Tausch und Markt basierenden global vernetzten Realität.

Die unsichtbare Hand des Marktes braucht den Vergleich mit der sichtbar leeren Hand des auf Pump und auf Kosten der nächsten Generationen wirtschaftenden Sozialstaates nicht zu scheuen. Letztlich ist es nicht eine Frage der Ideologie, sondern eine Frage des Systemvergleichs, wo und wie Menschen ihren Lebensunterhalt durch ihre eigene Arbeitskraft dauerhaft bestreiten können und wo nicht. Die in unserem Februar-Heft publizierten Vergleiche der Arbeitslosenzahlen sprechen eine eindrückliche Sprache. ♦

Robert Nef